

27.02.2026

Rede des LINKE-PARTEI-Tierschutzpartei-Fraktionssprecher Rolf Kohn anlässlich der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes des Landschafts- verbandes Westfalen-Lippe für das Jahr 2026 in der Landschaftsver- sammlung am 27.02.2026 in Münster

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Irrgang,
sehr geehrte Damen und Herren und alle dazwischen und außerhalb,

wir sollen heute über einen Nachtragshaushalt beschließen, der die Mitgliedskommunen und -kreise um fast 130 Millionen Euro entlasten soll. Für die Mitgliedskommunen, die fast alle 2029 pleite sein werden, eine gute Nachricht. Für die Menschen, die in den Mitgliedskommunen leben und Leistungen des LWL bekommen, nicht.

Denn die jahrelange sogenannte Konsolidierung des LWL-Haushaltes – d.h. die Leistungskürzung – geht auf Kosten von Bürger*innen in Ihren Kreisen oder kreisfreien Städten. 130 Millionen durch Senkung des Umlagesatzes heißt 130 Millionen weniger für Menschen mit Beeinträchtigungen. Auch diese 130 Millionen EURO sind ein Teil des bisher hilflosen, die wahren Ursachen verschleiern- des Spieles, sich gegenseitig in der kommunalen Familie die Schuld für das finanzielle Elend zuzu- schieben.

...

LWL-Pressestelle:

Tel.: 0251 591-235

Fax: 0251 591-4770

E-Mail: presse@lwl.org

Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48133 Münster

Wir wissen doch Alle hier: Die Kommunen sind seit Jahrzehnten unterfinanziert und verantwortlich sind Land und Bund und die jeweiligen Regierungen. Und es ist egal, wer gerade an der Regierung ist und war– für eine ausreichende, stabile Finanzierung der Kommunen hat weder die CDU noch die SPD noch die GRÜNEN und erst recht nicht die FDP gesorgt.

130 Millionen bedeuten zu wenig vom LWL genehmigte Fachleistungsstunden beim ambulant betreuten Wohnen, keinen Zuschuss mehr für die Blinden- und Hörbibliothek, die Schließung von Lehrschwimmbecken oder zu wenig Budgetassistenz beim Persönlichen Budget.

Liebe Mitglieder der Landschaftsversammlung,

die massive Militarisierung, die enorm gestiegenen Rüstungsausgaben, die die Bundesregierung beschlossen hat, sollen durch Kürzungen bei den von Armut betroffenen und Besitzlosen und auch den Menschen mit Behinderungen finanziert werden:

Die Rentenhöhe wird in Frage gestellt, die Standards im Gesundheitswesen und bei der Pflege sollen gesenkt werden, Bundeskanzler Merz will bei der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe kürzen.

Seien wir ehrlich: Wer nicht gegen die Aufrüstung vorgeht, der akzeptiert den massiven Sozialabbau. Wer den massiven Sozialabbau fördert, der fördert das Erstarken von rechten, nationalistischen Parteien – wir sehen es nicht nur hier im LWL. Wohin das führen kann, sehen wir an den Entwicklungen in den USA, bürgerkriegsähnliche Zustände, Rechtlosigkeit und Unterdrückung.

Zum Schluss:

Wenn wir es nicht schaffen, massiven Druck auf Bund und Land auszuüben für eine bessere Finanzierung der Kommunen, wenn wir z.B. keine Vermögenssteuer durchsetzen, werden wir noch weniger Teilhabe für Menschen mit Behinderungen haben und werden unsere Mitgliedskommunen, die Bürger*innen des Landes verelenden.

Wir lehnen deshalb diesen Nachtragshaushalt und die Senkung des Umlagesatzes ab.

Vielen Dank, dass Sie zugehört haben.